

Humboldt-Universität zu Berlin  
Kommission für Lehre und Studium  
des Akademischen Senats

25.02.09  
I C 1

**- Ferienausschuss \_**

**Protokoll Nr. 3/09**

der Beratung der Kommission für Lehre und Studium (LSK) des Akademischen Senats (AS) am  
23. Februar 2009 von 14.15 Uhr bis 16.30 Uhr

---

**Teilnehmerinnen/Teilnehmer:**

Studierende:

Herr Aust, Frau Gottwald, Herr Roßmann,  
Herr Watermann

Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer:

Herr Prof. Presber  
Herr Prof. Slenczka

Akademische MA:

Frau Dr. Huberty (Leitung)  
Frau Dr. Klinzing (Stellv.)

Sonstige MA:

Frau Dr. Bielagk  
Frau Schwedler

**Geschäftsstelle:**

Protokoll: Frau Heyer ( Abt. I)

**Ständig beratende Gäste:**

Herr Baeckmann (IAbtL)  
Herr Prof. Nagel (VPSI)  
Frau Ruf (stellvertr. FrB)

**Gäste**

TOP 4: Frau Schwartz-Jaroß (Abt. I)  
TOP 5 Frau Dr. Bischoff (Abt. I)  
TOP 6: Frau Prof. Grassmann (PhilFakIV)  
TOP 5, 7, 8: Herr PD Dr. Dahme (MatNatII)  
TOP 7: Herr Prof. Fydrich, Herr Prof. Griewank (MatNatII)  
TOP 8: Frau Amboß, Herr Gierds, Herr Gröper, Herr Prof. Leser (MatNatII)  
TOP 9: Herr Dr. Hünermund, Frau Dr. Ohlbrecht (PhilFakIV)  
TOP 10: Frau Prof. Muth (PhilFakIII)  
Frau Fehr (Charité)  
Frau Fettback (Abt. I)

**1. Bestätigung der Tagesordnung**

Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

**2. Bestätigung des Protokolls**

Das Protokoll der Beratung vom 02.02.09 wird bestätigt.

**3. Information**

Frau Dr. Huberty berichtet, dass die AG „ASSP“ die Arbeit aufgenommen hat und zum Ende des Sommersemesters 2009 ihre Ergebnisse vorstellen wird.

Herr Prof. Slenczka erklärt sich bereit, in der AG „Gutes Studium“ mitzuarbeiten.

Herr Prof. Nagel informiert über eine neue Regelung für die Zulassung zum Wintersemester 2009/10. Die Zunahme der Mehrfachbewerbungen habe zu einer sehr hohen Belastung der Universitäten geführt. Es sei problematisch, dass bundesweit Studienplätze frei bleiben, obwohl es noch unversorgte Bewerbungen gibt. Die HU wird sich daher an einem verbesserten Verfahren beteiligen, für das ca. 15 Universitäten ihre Teilnahme erklärt haben. In einer 1. Stufe versprechen die Universitäten die Zulassungen im Hauptverfahren zwischen dem 7. und 17.8. aus. Dadurch entscheiden sich die Bewerber/innen für nur einen Studienplatz. In der 2. Stufe tritt wie bisher ein Losverfahren ein. Hierfür werden alle freien Studienplätze über eine zentrale Datenbank mitgeteilt und eine elektronische Bewerbung für das Losverfahren eingerichtet. Es handele sich zwar um keine endgültige Lösung, jedoch sei zu erwarten, dass freie Studienplätze besser ausgeschöpft werden können.

**4. Information zum Career Center**

Frau Schwartz-Jaroß erläutert die Komponenten der berufs(feld)bezogenen Zusatzqualifikation (BZQ) im Rahmen des Bachelorstudiums. In den Studienordnungen der Bachelorstudiengänge ist die BZQ mit einem Umfang von 30 Studienpunkten (SP) festgelegt. Der Anteil der allgemein berufsvorbereitenden Qualifikationen werde insbesondere durch das Career Center abgedeckt. So werden zum Erwerb von Schlüsselkompetenzen je Semester 40-50 Veranstaltungen angeboten und 700-800 Bachelor-Studierende qualifiziert. Die Dozenten sollen in der Regel aus der Praxis kom-

men und über einen Hochschulabschluss verfügen. Die Planung der Angebote des Career Centers erfolge in enger Kooperation mit den Studiendekanen, dabei werde soweit wie möglich auf die Wünsche der Fächer eingegangen.

Herr Aust weist darauf hin, dass laut einer Kommilitonin in einem BZQ-Kurs mit 2 SP zu hohe Leistungsanforderungen gestellt wurden. Frau Schwartz-Jaroß erklärt, dass sich die Konzepte und Leistungsanforderungen der Lehrenden an den Bologna-Vorgaben orientieren. Das Verhältnis von Studienpunkten, Präsenzzeit und Leistungsanforderungen werde dementsprechend abgestimmt. Eine spezielle Richtlinie des Career Centers ist daher nicht notwendig.

Auf den Hinweis von Frau Schwedler, dass Studierende häufig keine Plätze in den Kursen des Career Centers bekommen, antwortet Herr Prof. Nagel, dass zur Zeit nur ein relativ begrenztes Angebot möglich sei, da die Finanzierung über Drittmittel erfolge. Frau Schwartz-Jaroß merkt an, dass die Fakultäten auch eigene fachspezifische Angebote vorsehen müssen. Für die Studierenden sei es jedoch wichtig, sich in interdisziplinären Gruppen zu bewegen und fachübergreifende Schlüsselkompetenzen zu erwerben.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Klinzing führt Frau Schwartz-Jaroß aus, dass die Kurse in der Regel überbucht sind und dass auch in den Semesterferien Veranstaltungen angeboten werden. Um das Angebot effektiv und mit hoher Qualität zu gestalten, wird die Hälfte der Veranstaltungen als Blended-Learning-Kurse vorgesehen.

Zum Abschluss der Diskussion lädt Frau Schwartz-Jaroß interessierte Mitglieder der LSK in das Career Center ein, um sich vor Ort einen Eindruck zu verschaffen.

### **5. Vorberatung zum Studienangebot für das Akademische Jahr 2009/10**

Herr Baeckmann erläutert die Vorlage und erklärt, dass das Studienangebot den Gremien in diesem Jahr etwas früher vorgelegt werde, um rechtzeitig eine verbindliche Grundlage für die Studieninformation, das Bewerbungs- und Zulassungsverfahren sowie die Kapazitätsberechnung zu haben.

Bei den Fächern der Bachelorstudiengänge seien die Erläuterungen mit und ohne Lehramtsoption aufgenommen worden.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Klinzing zur Festlegung des NC, erklärt Herr Baeckmann, dass eine Zulassung zum Sommersemester bei freien Studienplätzen erfolgen kann, wenn ein sinnvolles Studium möglich ist. Frau Dr. Huberty fragt nach, warum beim M.Ed. 2. Fach „ohne NC“ festgelegt wurde. Herr Baeckmann erläutert das Zulassungsverfahren. Wer die Zulassung im 1. Fach erhalten habe, werde in das 2. Fach aufgenommen. Sollte eine zu hohe Belastung einzelner Fächer eintreten, müsse eine Änderung des Verfahrens vorgenommen werden.

Herr Dr. Dahme weist darauf hin, dass es bei der Geographie einen Engpass in der Didaktik geben könnte, der die Kapazitäten überschreiten würde. Es sei daher bereits beim Bachelor darauf zu achten, dass bestimmte Fachkombinationen nicht überfrachtet werden.

Es besteht Einvernehmen, keinen weiteren Beratungstermin vorzusehen. Frau Dr. Huberty stellt die Vorlage zur Abstimmung:

#### **Beschlussantrag 1/2009**

- I. Die LSK nimmt das Studienangebot für das Akademische Jahr 2009/10 zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem AS das Studienangebot zur Beschlussfassung.
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird der Vizepräsident für Studium und Internationales beauftragt.

Mit dem Abstimmungsergebnis 4 : 0 : 4 angenommen.

### **6. Vorberatung zur Änderung der Prüfungsordnung für das Bachelorstudium Grundschulpädagogik im Kombinationsstudiengang mit Lehramtsoption**

Frau Prof. Grassmann erläutert die Änderung in § 6 Abs. 1 der Prüfungsordnung. Als Voraussetzung für die Zulassung zur Bachelorarbeit wird nur noch die bestandene Modulabschlussprüfung für das Basis- und Kernmodul sowie das Modul Schulpraktische Studien verlangt. Das Vertiefungsmodul wurde als Zulassungsvoraussetzung gestrichen, um eine verspätete Anmeldung zur Bachelorarbeit zu vermeiden und einen Abschluss in der Regelstudienzeit sicherzustellen. Herr Baeckmann informiert darüber, dass die Gemeinsame Kommission für Lehramtstudien die Änderung der Prüfungsordnung einstimmig befürwortet hat.

Es besteht Einvernehmen, keinen weiteren Beratungstermin vorzusehen. Frau Dr. Huberty stellt die Vorlage zur Abstimmung:

#### **Beschlussantrag 2/2009**

- I. Die LSK nimmt die erste Änderung der Prüfungsordnung für das Bachelorstudium Grundschulpädagogik mit Lehramtsoption zustimmend zur Kenntnis.
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird der Vizepräsident für Studium und Internationales beauftragt.

Mit dem Abstimmungsergebnis 8 : 0 : 0 angenommen.

## **7. Vorberatung zum Antrag auf Einrichtung des**

- **Bachelorstudiums Psychologie im Monostudiengang und des Masterstudiengangs Psychologie**
- **Bachelorstudiums Mathematik im Monostudiengang und des Masterstudiengangs Mathematik**

Herr Dr. Dahme erläutert das Verfahren zur Einrichtung der neuen Studiengänge. Um den Beginn zum Wintersemester 2009/10 zu sichern, werde der Antrag auf Einrichtung der Studiengänge vorgezogen. Die Studien- und Prüfungsordnungen werden im April/ Mai 2009 nachgereicht. Er weist darauf, dass die Diplomstudiengänge Psychologie und Mathematik als eine der ersten Fächer an der HU modularisiert wurden und umfangreiche Erfahrungen vorliegen.

Mit Verweis auf das Studienkonzept der Psychologie problematisiert Herr Baeckmann die folgenden Punkte:

- Auch wenn man mit dem Bachelorabschluss nicht als „Vollpsychologe“ tätig werden könne, gäbe es eine Reihe von Berufsfeldern, für die psychologische Kenntnisse wichtig seien. Der Hinweis, dass das Bachelorstudium in erster Linie für ein anschließendes Masterstudium qualifiziert, sei daher zu überdenken.
- Die gleiche Anzahl von Studienplätzen für Bachelor und Master sollte nicht geplant werden, da die Kapazitätsberechnung von einer anderen Verteilung ausgehe.
- Die Zulassung für das Bachelorstudium werde nicht über die ZVS erfolgen.

Herr Prof. Fydrich erklärt, dass mit einer hohen Nachfrage für das Masterstudium auch von Absolventen anderer Universitäten gerechnet werden müsse. Im Übrigen sollten mit dem Studienkonzept politische Aussagen und der Wille der Deutschen Gesellschaft für Psychologie verdeutlicht werden. Um die zu erwartende hohe Anzahl von Bewerbungen bearbeiten zu können, benötige das Institut externe Hilfe, eine zentrale Vergabe sei dringend erforderlich.

Herr Prof. Fydrich beantwortet weitere Nachfragen der LSK-Mitglieder zum Studienbeginn sowie zum Profil und zur Struktur des Masterstudiengangs.

Herr Prof. Griewank beantwortet die Nachfragen zum Studienkonzept der Mathematik und betont, dass die Modularisierung des Diplomstudiengangs eine gute Grundlage für die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge sei.

Es besteht Einvernehmen, keinen weiteren Beratungstermin vorzusehen. Frau Dr. Huberty stellt die Vorlage zur Abstimmung:

### **Beschlussantrag 3/2009**

- I. Die LSK empfiehlt dem AS, die Einrichtung der folgenden Studiengänge für eine Erprobungszeit von fünf Jahren zu beschließen:
  - Bachelorstudium Mathematik (Kernfach und Beifach im Monostudiengang)
  - Masterstudiengang Mathematik
  - Bachelorstudium Psychologie (Kernfach und Beifach im Monostudiengang)
  - Masterstudiengang Psychologie
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird der Vizepräsident für Studium und Internationales beauftragt.

Mit dem Abstimmungsergebnis 4 : 0 : 4 angenommen.

## **8. Beratung und Beschlussfassung zum Antrag auf Einrichtung des Bachelorstudiums Informatik im Monostudiengang und des Masterstudiengangs Informatik sowie zu den Ordnungen**

Herr Prof. Leser erläutert die nach der Vorberatung in der LSK vorgenommenen Änderungen in den Studien- und Prüfungsordnungen:

- Korrektur von Rechenfehlern in den Modulbeschreibungen,
- neue Aufteilung der Wahlmodule um Anzahl der SP zu erreichen,
- Modul Schlüsselqualifikationen: Zustimmung des Institutsrates zur Anerkennung von Gremienarbeit und einschlägiger Berufsausbildung vor dem Studium/ Ablehnung der Anerkennung von einschlägigen Praktika und praktischen Tätigkeiten,
- Studienordnung § 6 Abs. 3: Änderungsantrag der Studierenden im Institutsrat angenommen:  
„Zusätzlich zu den Modulen dieses Studiengangs kann maximal eines der als „forschungsorientiert“ gekennzeichneten Module des Monobachelorstudiengangs Informatik belegt werden.“

Herr Prof. Nagel erklärt, dass auch mit der geänderten Formulierung sicher gestellt ist, dass die Belegung eines Bachelormoduls im Master eine begründete, klar benannte und begrenzte Ausnahme darstellt. Er erläutert seine Auffassung, dass diese Flexibilität gegeben sein sollte. Auf Hinweis von Herrn Prof. Griewank, dass bei der Mathematik eine entsprechende Regelung, jedoch in größerem Umfang geplant sei, antwortet Frau Dr. Huberty, dass nicht mehr als 10 SP aus dem Bachelor im Masterstudium belegt werden sollten, da der Masterstudiengang auf dem Niveau und den erworbenen Kompetenzen des Bachelorstudiums aufbaut. Herr Prof. Presber ergänzt, dass eine gute Begründung erforderlich sei und dass es sich nicht um Grundlagenmodule des Bachelorstudiums, sondern eher um WP-Module aus dem Vertiefungsstudium handeln könne.

Herr Aust verweist auf ein Minderheitenvotum der studentischen Vertreter des Institutsrats Informatik. Nach Ansicht der Studierenden sei die Art und Weise, wie die neuen Studiengänge zustande gekommen seien, undemokratisch gewesen. Darüber hinaus sei der Bachelorstudiengang wegen einer zu geringen Spezialisierung in dieser Form nicht konkurrenzfähig. Die anwesenden Studierenden der Informatik erklären, dass das Minderheitenvotum den Vorbehalt gegenüber der Einführung von Bachelor und Master aufzeigen soll und dass damit keine wirkliche Verbesserung des Studiums erreicht werde. Es sei jedoch nicht gemeint, die Einführung des Bachelor- und Masterstudiums zu blockieren. Aus ihrer Sicht wäre es wünschenswert gewesen, die Studierenden an der Entwicklung der neuen Studienprogramme von Beginn an zu beteiligen. Herr Prof. Leser widerspricht dieser Auffassung und betont, dass die Studierenden in den Diskussionsprozess zu den neuen Studiengängen einbezogen waren.

Herr Roßmann kritisiert, dass die WP-Module nur alle 2 Jahre angeboten werden. Herr Prof. Leser erklärt, dass nur so ein relativ breites Spektrum an Lehrveranstaltungen aufrecht erhalten bleiben kann. Er beantwortet weitere Nachfragen zur Abgrenzung des Studienangebots von der Fachhochschulbildung.

#### **Beschlussantrag 4/2009**

- I. Die LSK empfiehlt dem AS, die Einrichtung des Bachelorstudiums Informatik (Kernfach und Beifach im Monostudiengang) und des Masterstudiengangs Informatik für eine Erprobungszeit von fünf Jahren zu beschließen.
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird der Vizepräsident für Studium und Internationales beauftragt.

Mit dem Abstimmungsergebnis 4 : 2 : 2 angenommen.

#### **Beschlussantrag 5/2009**

- I. Die LSK nimmt die Prüfungsordnung und die Studienordnung für das Bachelorstudium und den Masterstudiengang Informatik zustimmend zur Kenntnis.
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird der Vizepräsident für Studium und Internationales beauftragt.

Mit dem Abstimmungsergebnis 4 : 3 : 1 angenommen.

Da die 2/3-Mehrheit der Mitglieder nicht erreicht wird, sind die Ordnungen dem AS zur Beschlussfassung vorzulegen.

#### **9. Beratung und Beschlussfassung zum Antrag auf Einrichtung des Bachelorstudiums Rehabilitationspädagogik im Monostudiengang sowie zu den Ordnungen**

Frau Dr. Ohlbrecht erläutert die nach der Vorberatung vorgenommenen Änderungen und erklärt, dass alle Hinweise der LSK in den Studien- und Prüfungsordnungen umgesetzt wurden.

Nach ausführlicher Diskussion besteht Einvernehmen, in den Modulbeschreibungen noch zwei Änderungen vorzunehmen:

Modul 1: Bei der Übung mit 2 SWS und 1 SP wird die Fußnote gestrichen, da entsprechend dem work load kein Raum für das Erbringen einer Arbeitsleistung gegeben ist.

In allen Fußnoten wird der 2. Satz wie folgt geändert: „Die Einzelheiten geben die Lehrenden zu Beginn der jeweiligen LV bekannt.“ Der Zusatz „...spätestens in der 3. Sitzung...“ wird gestrichen.

#### **Beschlussantrag 6/2009**

- I. Die LSK empfiehlt dem AS, die Einrichtung des Bachelorstudiums Rehabilitationspädagogik im Monostudiengang für eine Erprobungszeit von fünf Jahren zu beschließen.
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird der Vizepräsident für Studium und Internationales beauftragt.

Mit dem Abstimmungsergebnis 8 : 0 : 0 angenommen.

#### **Beschlussantrag 7/2009**

- I. Die LSK nimmt die Prüfungsordnung und die Studienordnung für das Bachelorstudium Rehabilitationspädagogik im Monostudiengang zustimmend zur Kenntnis.
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird der Vizepräsident für Studium und Internationales beauftragt.

Mit dem Abstimmungsergebnis 8 : 0 : 0 angenommen.

#### **10. Vorberatung zum Antrag auf Einrichtung des Masterstudiengangs Klassische Archäologie**

Frau Prof. Muth führt aus, dass der geplante Masterstudiengang zum WS 09/10 eingerichtet werden soll, um den Absolventen des Bachelorstudiums Archäologie und Kulturwissenschaft einen direkten konsekutiven Anschluss zu ermöglichen. Aufgrund einer weitreichenden Neubesetzung am Institut konnte zunächst nur das Studienkonzept ausgearbeitet werden. Die Studien- und Prüfungsordnungen einschließlich der Modulbeschreibungen werden sobald wie möglich nachgereicht.

Herr Baeckmann empfiehlt, in den Zugangs- und Zulassungsregeln die Formulierung der Zulassung zu den verbleibenden Studienplätzen zu ändern. Bei der Bewerbung für den Masterstudiengang tritt sehr häufig der Fall ein, dass noch keine Note der Bachelorarbeit vorliegt.

Es besteht Einvernehmen, keinen weiteren Beratungstermin vorzusehen. Frau Dr. Huberty stellt die Vorlage zur Abstimmung:

**Beschlussantrag 8/2009**

- I. Die LSK empfiehlt dem AS, die Einrichtung des Masterstudiengangs Klassische Archäologie für eine Erprobungszeit von fünf Jahren zu beschließen.
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird der Vizepräsident für Studium und Internationales beauftragt.

Mit dem Abstimmungsergebnis 6 : 0 : 2 angenommen.

**11. Verschiedenes**

Herr Prof. Nagel berichtet über die geplante Einrichtung eines Zentrums für Information, Immatrikulation und Beratung im Hauptgebäude, dass aus Mitteln des Konjunkturprogramms der Bundesregierung kurzfristig finanziert werden könne. Bis zum Ende des nächsten Jahres sollen alle Serviceleistungen für Studierende in einem Bereich realisiert werden.

gez.

H. Heyer